Nr. 597 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 161

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, sofort zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unser Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 45 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 6. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Argentiniens Großtat.

Seit mehr als sechs Jahren schien es, als ob der Idealismus aus dieser Welt verbannt wäre. Die Völker ebenso wie die einzelnen Menschen ließen sich nur noch von materiellen Erwägungen leiten, und wenn sie erhabene Worte und Gedanken aussprachen, so war dies stets entweder List oder Lästerung. Nur einmal glaubte die Menschheit, aus diesem Sumpf von Egoismus und Lüge herauskriechen zu können: das war, als der Prophet des Abendlandes, als Woodrow Wilson den Verständigungsfrieden auf der Grundlage eines Bundes aller freien Völker der Erde verkündete. Und als die Stunde kam, in der er seine Ideen in die Tat umzusetzen hatte, war sein Versagen jämmerlich. Der Geist der Gewalt, der Rache, der Lüge siegte über den Geist der Versöhnung und der Gerechtigkeit so vollständig und, wie es schien, mit solcher Leichtigkeit, daß nun auch diese letzte Hoffnung einer moralischen Gesundung der Welt aufgegeben werden mußte. Man hat inzwischen, namentlich durch die Enthüllungen von Keynes und Baruch erfahren, daß Wilson erst nach längerem Widerstand von Clemenceau überwunden wurde. Aber das Endergebnis dieses Kampfes war doch der Frieden von Versailles, den auch der amerikanische Präsident mit seiner Unterschrift sanktionierte.

Aber der Versailler Friedensvertrag war nicht nur der vollständige Bankerott des Wilson-Programms, er war der größte moralische Bankerott der Weltgeschichte. Es schien, als ob nach diesem letzten mißglückten Versuch, eine neue Aera und einen neuen Geist in die Welt einzuführen, nur noch die Selbstsucht, die Gewalt und die Lüge in den Beziehungen zwischen den Völkern den Ausschlag geben würden. Das konnte man um so mehr annehmen, als ein großer Wettlauf zwischen zwei Mächten begonnen hatte, die gleichermaßen auf Selbstsucht, Gewalt und Lüge aufgebaut sind, zwischen dem westeuropäischen Imperialismus und dem halbasiatischen Bolschewismus. Die einzige Weltmacht, die noch die nötige Kraft hätte allmählich erlangen können, um den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen, die sozialistische Arbeiterinternationale, ist in ihrem Rücken durch den Bolschewismus angegriffen worden und muß vorerst in einem schweren Zweifrontenkrieg ihre Kräfte erschöpfen.

Die Alliierten hatten ihrem Werke der Gewalt und der Heuchelei die Krone aufgesetzt, als sie aus dem Völkerbundspakt einen Bestandteil des Versailler Vertrages machten. Und so kommt es, daß das ungeheuerlichste Dokument der Ungerechtigkeit, das die Geschichte überhaupt kennt, mit den Worten beginnt (I. Teil, Völkerbundspakte):

„In der Erwägung, daß es, um die Zusammenarbeit der Nationen zu fördern und Frieden und Sicherheit zwischen ihnen zu gewährleisten, wesentlich ist,

. . . . .

in aller Oeffentlichkeit zwischen den Völkern auf der Gerechtigkeit und der Ehre beruhenden Beziehungen zu pflegen,

. . . . .

die Gerechtigkeit herrschen zu lassen . . . .

einigen sich die hohen vertragschließenden Teile auf die folgende Satzung des Völkerrechts."

Diese Worte stehen am Eingang eines „Vertrages", der dem Besiegten ohne mündliche Verhandlungen, unter der Drohung des Einmarsches nach einer durch List herbeigeführten Waffenstreckung, und unter der Drohung der Wiedereröffnung der Blockade gegen ein hungerndes Volk diktiert wurde! Sie stehen am Eingang eines „Vertrages", der die gewaltsame Losreißung weiter Gebietsteile vom deutschen Mutterlande verfügt, der den Deutschen im Reiche und in Oesterreich verbietet, auch wenn sie sich alle danach sehnten, sich zu vereinigen, und der überhaupt das deutsche Volk wie ein Pariavolk behandelt. Noch nie sind so große und erhabene Worte wie „Gerechtigkeit" und „Ehre" dermaßen mißbraucht worden!

Unter diesen Umständen hätte es Deutschland eigentlich als eine Ehre betrachten können, in diesem Völkerbund keine Aufnahme zu finden, während Hedschas und Liberia als genügend „frei" und „zivilisiert" betrachtet werden, um gründende Mitglieder des Bundes zu werden! Aber in seiner grenzenlosen moralischen und materiellen Not mußte das deutsche Volk auch an die etwaigen künftigen Vorteile denken, die ihm infolge dieser Ausschaltung entgingen. Auf der Sozialistenkonferenz in Luzern im August 1919, als in der politischen Kommission eine Resolution gegen den Versailler Frieden ausgearbeitet und von den nichtdeutschen Vertretern die Forderung erhoben wurde, daß die Zentralmächte im Völkerbund sofort aufgenommen würden, da erklärte unser englischer Genosse Ramsay MacDonald, er wisse nicht, ob man Deutschland überhaupt zumuten könne, in einen solchen Völkerbund einzutreten.

Indessen, die Hoffnung, durch Zugehörigkeit zum Bunde seiner Stimme besser Gehör zu verschaffen, früher zu seinem Rechte zu kommen, veranlaßte Deutschland, seine Aufnahme auch in diesen verzerrten Völkerbund als ein erstrebenswertes Ziel zu betrachten. Und allein die Tatsache, daß das amtliche Frankreich gegen diese Zulassung Deutschlands einen bis zur Drohung mit dem eigenen Austritt gehenden Widerstand erhob, zeigte uns, daß wir nicht fehlgingen, als wir auch in diesem verbesserungsbedürftigen Völkerbund eine kleine Hoffnung für die Zukunft erblickten.

Doch zeigten schon die ersten Sitzungen der in Genf zusammengetretenen ersten Völkerbundsversammlung, daß der Geist von Versailles auch dort noch vorherrschte. Die Tagung begann gleich im Zeichen dieser stummen Drohung Frankreichs: Wenn ihr Deutschland aufnehmt, oder wenn ihr irgend etwas beschließt, was uns, den Siegern, nicht paßt, dann treten wir aus. Die Engländer nahmen eine in der Form vermittelnde Haltung ein, in der Sache aber unterstützten sie Frankreichs Standpunkt: sie ließen durch ihren zweiten Redner Barnes die Forderung nach Zulassung aller Mächte grundsätzlich erheben, ließen jedoch sofort die ganze Welt wissen, daß Barnes nur seine persönliche Auffassung zum Ausdruck gebracht hatte; ihr erster Delegierter aber, Balfour, wußte in den Kommissionen und im Plenum die Dinge so zu „schieben", wie es den französischen Wünschen entsprach: also, keine Aufforderung an Deutschland, einzutreten und keine Abänderungen in den Satzungen, wenigstens nicht in dieser ersten Vollversammlung.

Letztere Frage war die wichtigste: denn es handelte sich dabei für die Großmächte vor allem darum, die Macht des Völkerbundsrates nicht einzuschränken und seine Zusammensetzung nicht anzutasten. Der Versailler Vertrag bestimmt nämlich, daß der Völkerbundsrat sich aus den fünf Vertretern der fünf hauptsächlichen alliierten Staaten und aus vier Vertretern anderer Staaten zusammensetzt, nämlich einem Belgier, einem Brasilianer, einem Spanier und einem Griechen. Mit Ausnahme des spanischen Konzessionsschulzen sollten also lauter Vertreter alliierter Staaten den Rat bilden, der die wirkliche, ständige und ausführende Macht im Völkerbunde bildet, ebenso wie in einer G. m. b. H. nicht die Aktionärversammlung, sondern der Aufsichtsrat die tatsächliche Macht besitzt; der Völkerbund sollte also weiter, ganz im Geiste von Versailles, nur ein Machtinstrument der siegreichen Entente bleiben.

Das ist es, wogegen sich die Vertreter der meisten kleinen, im Kriege neutral geblieben Staaten wandten. Die Möglichkeit von Satzungsänderungen wird nicht nur im Artikel 26 des Vertrages ausgesprochen, sondern auch die vom Präsidenten Wilson ausgegangene Einladung zur Genfer Tagung kündigte ausdrücklich Aenderungen des Paktes an.

Die meisten Staaten haben sich bei der Abstimmung auf die Seite der Mächtigen gestellt. Einzelne Neutrale haben dies mit Begründungen getan, die ihre moralische Vergewaltigung deutlich zum Ausdruck brachten: so die Reden des Schweizer Vertreters Motta und des Norwegers Hagerup.

Ehe aber die Großmächte ihre „Schiebung" vollständig unter Dach und Fach gebracht hatten, ist die Bombe geplatzt: Der frühere Präsident der argentinischen Republik, Pueyrredon, der in Genf die Delegation seines Landes führt und bereits durch seine erste Rede Aufsehen erregt hatte, indem er den Mut hatte zu erklären, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber Argentinien während des verschärften U-Boot-Krieges loyal erfüllt habe, hat den Austritt seines Landes aus dem Völkerbund mitgeteilt. Formell ist der Ausdruck „Austritt" wohl nicht ganz richtig, denn nach Artikel 1 erfolgt der Austritt nur nach ausdrücklicher Bekanntgabe mit zweijähriger Kündigungsfrist. In der Sache aber kommt die Mitteilung Pueyrredons, daß seine Regierung unerschütterlich entschlossen ist, „ihre Mitarbeit einzustellen", einem Austritt gleich.

Man muß dieses Schreiben gelesen haben, um es voll würdigen zu können. Wir wollen hier dessen wesentlichste Stellen nachtragen:

„Unser Land sah in dem geplanten Völkerbund die Geburt eines neuen wohltätigen Friedenswerkzeuges, die tiefe Hoffnung einer Besserung des Völkerschicksals und in den Abänderungen den Weg, an der Vervollkommnung der Verfassung mitzuarbeiten. Ohne Umschweife war unser Land bereit, an den Arbeiten des Völkerbundes mitzuarbeiten mit der Begeisterung und dem Interesse, das man empfindet, wenn man für das gemeinsame Wohl zu arbeiten glaubt. . . . Man muß unterscheiden zwischen den allgemeinen Abänderungen, das heißt denen, die sich auf das Verhältnis des Paktes zum Versailler Vertrage beziehen können, und den anderen, die eine Abänderung des Paktes anstreben mit dem edlen Ziel, der Menschheit eine Zukunft der Befreiung von Kriegen, die Herrschaft des Rechtes, der praktischen Solidarität und Gerechtigkeit unter den Staaten zu sichern. . . . Folgendes sind die Vorschläge: Zulassung aller souveränen Staaten, Zulassung der kleinen Staaten ohne Stimmrecht, Bildung eines Rates durch demokratische Wahl, obligatorische Schiedsgerichte und obligatorischer Gerichtshof. Diese Projekte, die den lebhaften Ausdruck unserer pazifistischen und auf Gleichheit gerichteten Bestrebungen hervortreten lassen, wurden von uns eingebracht, als ein Beitrag Argentiniens an dem begonnenen Werk. Keines dieser Projekte schmälerte die Verpflichtungen der Mitglieder, keines beschränkte die kollektive Mitarbeit. Im Gegenteil: sie verliehen der leitenden Organisation größere Fülle und bezweckten die Stärkung des Bundes, in dem sie die ganze Kulturwelt in sein Werk einschließen wollten. . . .

Die Völker werden den Völkerbund nach seinen Werken beurteilen und nur so an ihn glauben, und nur in einer Atmosphäre des Vertrauens der öffentlichen Meinung kann der Völkerbund leben.

Die Mitglieder dieser Versammlung werden in einigen Tagen auseinandergehen, ohne an die großen Verfassungsfragen herangetreten zu sein, die gerade der öffentlichen Meinung die besten Garantien für die Weitsicht und die Organisationskraft des Bundes gegeben hätten. . . .

Dieser Entschluß Argentiniens ist eine Großtat, die in dieser seit sechs Jahren an Idealismus so verarmten Welt ihresgleichen nicht kennt. Diese von der allgemeinen europäischen Kriegskorruption freigebliebene südamerikanische Republik erhebt sich ganz allein inmitten der Großen, welche droben, und der Kleinen, welche kuschen, und ruft ihnen ins Gesicht: Wir machen Euer Spiel nicht mehr mit! Das ist nämlich der Sinn dieses Briefes, bei aller Höflichkeit seiner Form.

Die Völker jedenfalls werden ihn so auffassen und dieser Appell an das Gewissen wird nicht wirkungslos verhallen. Ob noch in dieser Tagung des Völkerbundes, die sich ihrem Ende nähert, andere Länder dem argentinischen Beispiel folgen werden, ist fraglich. Aber der Riß im Versailler Völkerbund ist da, die Ohrfeige hat gesessen.

Niemand auf der Welt hat mit tieferer Inbrunst das Zustandekommen und das Gedeihen des Wilsonschen Völkerbundsplanes gehofft als die deutsche Sozialdemokratie. Deshalb aber begrüßen wir die Tat Argentiniens, die sich nicht gegen den Völkerbund richtet, sondern gegen dessen Karikatur. Und wir möchten, in der Hoffnung, daß alle Völker die Bedeutung und die Schönheit der Geste Argentiniens begreifen, schon jetzt rufen können: Der Versailler Völkerbund ist tot! Es lebe der wahre Völkerbund!

Der Eindruck in Genf.

Genf, 6. Dezember. (Sonderbericht des „Vorwärts".) Der Entschluß der argentinischen Delegation, Genf zu verlassen, hat hier das größte Aufsehen hervorgerufen. Der Präsident der Völkerbundsversammlung Hymans soll sich vergeblich bemüht haben, die Argentinier umzustimmen. Wie man erfährt, verurteilt die französische Delegation aufs schärfste das Vorgehen Argentiniens. Es sind starke Bemühungen im Gange, die anderen südamerikanischen Delegationen zu veranlassen, ihre Mißbilligung über den argentinischen Schritt auszusprechen. Bis jetzt verhielten sich die Vertreter der neutralen Staaten zurückhaltend. Selbstverständlich wird hier und da der argentinische Entschluß mit angeblichen deutschen Intrigen in Zusammenhang gebracht. Andererseits hört man aber auch die Auffassung äußern, daß Argentinien sich dem nordamerikanischen Ideal einer Völkergemeinschaft nähert. Interessant ist in diesem Zusammenhang der kanadische Antrag auf Streichung des Artikels 10 des Völkerbundspaktes, d. h. der Garantie des territorialen Besitzstandes der Völkerbundsmitglieder. Auf diesen Artikel stützt sich bekanntlich zum größten Teil der Widerstand der übrigen Staaten gegen den Völkerbund.

Der Anfang der „unvermeidlichen Spaltung".

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) Senator Lodge erklärte mit Bezug auf den Beschluß Argentiniens, sich von der Völkerbundsversammlung zurückzuziehen, es scheine ihm, daß einige Nationen, die in Genf vertreten seien, jetzt dieselben Gründe gegen den Völkerbund entdecken, die Amerika bereits vor zwei Jahren gefunden habe. Senator Knox erklärte, die unvermeidliche Spaltung habe ihren Anfang genommen.

•

Paris, 6. Dez. (WTB.) Der argentinische Gesandte ist zurückgetreten.

Einladung zur Brüsseler Konferenz.

Berlin, 6. Dezember. (WTB.) Bei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris ist am 5. Dezember folgende Note eingegangen: Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am 13. Dezember vormittags in Brüssel zum Zwecke eines vorläufigen Studiums der Frage der Reparation vereinigen werden, die Deutschland nach dem Vertrage von Versailles zu leisten verpflichtet ist. Die Sachverständigen, die der Zahl nach zwei für jedes vertretene Land betragen werden, werden einen Bericht an ihre Regierungen erstatten und das Protokoll ihrer Sitzungen wird der Reparationskommission mitgeteilt werden. Da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit denen der verbündeten Mächte zusammen tagen sollen, wäre ich Euer Exzellenz verpflichtet, wenn Sie mir die Namen der Bevollmächtigten der deutschen Regierung mit der größten Beschleunigung mitteilen wollten.

Vor der Spaltung in Frankreich.

Paris, 6. Dezember. (WTB.) Die rechtsstehenden Sozialisten, unterstützt von den Vertretern des Sozialistischen Kongresses, erließen einen Aufruf, um zum Widerstand gegen den Anschluß an die Dritte Internationale aufzufordern. Auf dem Parteitage werde es sich entscheiden, wer zu den Kommunisten gehöre und wer der Sozialistischen Partei treu bleibe. Die Haltung dieses Ausschusses wird allgemein als der erste Schritt zur Spaltung der Partei angesehen. Dem Ausschuß gehören u. a. an: Renaudel, Paul Boncour, Mayeras, Moutet und Bracke.

Sozialistische Regierungsbildung.

Dresden, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Vertreter der sächsischen Parteiorganisation traten erneut im Dresdener Volkshause zu einer Verhandlung über die Regierungsbildung zusammen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Verhandlungen mit den Unabhängigen fortzusetzen und ihnen drei Ministerstellen in der neuen Regierung anzubieten, und zwar das Finanzministerium, das Unterrichtsministerium und das Arbeitsministerium. Zum Ministerpräsidenten wurde erneut der seitherige Inhaber dieser Stelle, Genosse Buck, vorgeschlagen, der sich auch schließlich dazu bereit erklärte. Die übrigen Minister stellten sich den Parteigenossen weiter zur Verfügung für ihre Aemter. Heute werden die Verhandlungen mit den Unabhängigen auf dieser Grundlage erneut aufgenommen und voraussichtlich zu Ende geführt werden.

Die Kommunistische Landesorganisation hat es abgelehnt, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, sich jedoch bereiterklärt, bei der Wahl eines Präsidenten in einem rein sozialistischen Ministerium für diesen zu stimmen. Damit wäre eine Mehrheit für die Wahl des sozialistischen Ministerpräsidenten gesichert.

Der Versuch, die — wenn auch schwache — sozialistische Parlamentsmehrheit in Sachsen zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung auszunützen, erregt natürlich die helle Wut der reaktionären Presse. Dieselben Blätter, die stets predigen, daß dort, wo bürgerliche Parlamentsmehrheiten bestehen, rein bürgerliche Regierungen unter Ausschluß der Sozialdemokratie gebildet werden müssen, betrachten es als ungeheures Verbrechen, wenn eine sozialistische Mehrheit die bürgerliche Minderheit von der Regierung ausschließt. Allen voran ist wie immer die „Deutsche Tageszeitung", die in ihrer bekannten Wahrhaftigkeit behauptet, daß eine Aktion sämtlicher sozialistischer Parteien Sachsens zur „Umwandlung der demokratischen Verfassung in eine Diktatur des Proletariats" im Gange sei. Das ist natürlich gelogen wie gedruckt. Das sozialistische Ministerium wird die demokratische Verfassung nicht antasten. Wenn freilich die „Deutsche Tageszeitung" als Voraussetzung der Demokratie annimmt, daß sie nur bürgerliche Mehrheiten liefere, so hat sie eben keine Ahnung von dem Wesen der Demokratie, was freilich bei ihr kein Wunder ist.

Kommunisten und Agrarfrage.

B. S. Der zweite Verhandlungstag der kommunistischen Vereinigungstagung brachte ein breit angelegtes Referat Thalheimers von der Zentrale der K.P.D. über die „Agrarfrage", an das sich eine stundenlange Aussprache anschloß, in der es sich zeigte, daß man sich innerhalb der neuen Partei keineswegs über die Mittel und Wege zur Sozialisierung der Landwirtschaft einig sei. Thalheimer führte u. a. aus:

Es ist nicht möglich, die Sozialisierung der deutschen Landwirtschaft **völlig nach russischem Muster** durchzuführen. (In Rußland besteht bekanntlich nur eine Scheinsozialisierung der Landwirtschaft.) Zur Sozialisierung der deutschen Landwirtschaft ist es nötig, eine Gliederung des ländlichen Grundbesitzes in Großbetriebe, Mittel-, Klein- und Zweigbetriebe vorzunehmen. Vor allem muß der gesamte landwirtschaftliche Großbesitz ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet, die Fideikommißrente aufgehoben werden. In jedem landwirtschaftlichen Betrieb sind Bauern- und Gutsräte einzusetzen, die nach zentraler Anweisung die Bewirtschaftung vorzunehmen haben und die alle den Eigenbedarf übersteigenden Produkte der Allgemeinheit zuführen. Soweit der Großgrundbesitz sich nicht zentral bewirtschaften läßt, soll er aufgeteilt werden. Staatliche Domänen sind als Versuchs- und Musterwirtschaften weiter zu führen.

Das Privateigentum der Klein- und Mittelbauern soll unangetastet bleiben.

Die Industrie hat die Aufgabe, die Bauern mit ihren Erzeugnissen zu beliefern. Landwirtschaftliche Genossenschaften und Vereine von Klein- und Zwergwirtschaften sollen vorzugsweise beliefert werden. Der Kleinbauer ist heute noch ein offener Feind der Sozialisierung und wird auch später vorübergehend ein Feind der Vergesellschaftung sein. Unsere Aufgabe muß es sein, durch Aufklärung und Aktionen das Land unserer Propaganda zu erschließen.

In der Aussprache klagte Unfried-Stuttgart darüber, daß sich in Süddeutschland bereits eine Einheitsfront der Landwirte und Bauern gegen die Sozialisierung gebildet habe. Man habe kommunistische Redner in Versammlungen auf dem Lande schwer verprügelt. In Württemberg habe sich die Bauernschaft nach gewerkschaftlichem Muster so straff organisiert, daß der Bauernbund die Parole ausgegeben habe, bei Unruhen in den Städten sofort mit dem Lebensmittelstreik zu beginnen und sogar mit bewaffneter Hand die Ordnung wiederherzustellen.

Die weitere Diskussion zeigte, daß unter den angeblich prinzipienfesten Kommunisten in der Agrarfrage die völligste Zerfahrenheit besteht. Ein Redner aus Bergedorf griff Thalheimer heftig an und erklärte, daß seine Forderungen

dem kommunistischen Prinzip hohnsprechen.

Thalheimers Auffassungen seien ein Beweis dafür, daß sich Hilferdingscher Geist in die kommunistischen Reihen einzudrängen beginne. (Und dies am Tag nach der Hochzeit!) Ein Hamburger Redner wandte sich heftig gegen die Siedlungspolitik der Regierung, weil sie eine unangenehme Konkurrenz für die Kommunisten sei. Er will auch die Großbauern enteignen, während umgekehrt ein Bayer vor einem allzu radikalen Agrarprogramm warnte. Ein weiterer Redner wollte auf die Bauern verzichten und sich mit den Landarbeitern begnügen, während der Vertreter von Hannover eine Sowjetrepublik ohne Bauern für gänzlich unmöglich erklärte. Ein Redner aus Brandenburg lehnte die schematische Aufteilung des Großgrundbesitzes ab, ein Redner aus Kiel will nach der Machtergreifung den Widerstand der widerstrebenden Bauern „nicht gleich mit den brutalsten Mitteln", sondern „durch sanften Zwang", wie die Sperrung des Eisenbahnverkehrs usw., brechen.

Nach langen Debatten wurde schließlich das Agrarprogramm mit einigen Aenderungen angenommen.

(3. Tag.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende unter Beifall ein Begrüßungstelegramm der auf dem Boden der Dritten Internationale stehenden französischen Sozialisten.

Zur Begrüßungsansprache melden sich dann zwei ausländische Gäste, und zwar der Franzose Aucaire und der Bulgare Georgieff. Hierauf erhält zur Begründung einer Resolution zugunsten der

in Deutschland internierten Notgardisten

Friesland das Wort. Friesland weist auf die Notlage hin, in der sich die internierten Notgardisten in den deutschen Gefangenenlagern befinden und fordert das revolutionäre Proletariat auf, durch wirkliche proletarische Solidarität die Notlage zu mildern. Die Resolution, die eine Lebensmittel- und Geldsammlung für die internierten Notgardisten vorsieht und die Solidarität des revolutionären deutschen und russischen Proletariats zum Ausdruck bringen soll, findet einstimmige Annahme.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Organisation der Partei" erhält dann der Linksunabhängige Wilhelm Koenen das Wort. Als nächstes Ziel der Partei erkennt der Referent die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat an. Aufgabe der Organisation soll es sein, die Massen hierzu zu mobilisieren. Als einen großen Organisationsfehler bezeichnet der Referent den Föderalismus in der bisherigen U. S. P. D. Die Kommunistische Partei soll den Gedanken des Föderalismus überwinden und zur

zentralistischen Zusammenballung aller Aktiven

werden. Einheitlichkeit in den Aktionen stellt der Referent als eine der wichtigsten Forderungen auf.

Als Organisationsgrundlagen sollen sogenannte Wirtschaftsgebiete dienen, die das Gegenstück der früheren Reichstagswahlkreise sind. Die Arbeiter in den Betrieben sollen erneut organisatorisch erfaßt werden. Die Zeit der

Zellen in den Gewerkschaften,

Genossenschaften und Betriebsräten ist nach der Meinung des Referenten vorüber. Durch organisatorische Massenaufklärung soll allmählich die Führung der Massen vollkommen in die Hände der Kommunisten übergehen. Die Parteizentrale soll auf fester demokratischer (!) Grundlage aufgebaut werden, um ihr möglichste Aktionsfähigkeit zu sichern. **Den Oppositionsbestrebungen innerhalb der Partei soll mit aller Schärfe entgegengetreten werden.** Einmal gefaßte Beschlüsse sind rückhaltslos durchzuführen. Parteiausschüsse und Reichskonferenz, wie sie beispielsweise bei der Mehrheitssozialdemokratie bestehen, werden vom Redner als nur zur Verknöcherung des Parteiwesens führend abgelehnt. Dafür soll ein Zentralausschuß gebildet werden, der vom Parteitag zu wählen sein wird. Die höchste Instanz der Partei ist der Parteitag. Seine Beschlüsse sind für jedes Parteimitglied bindend. Der Parteitag wählt zur politischen und organisatorischen Leitung der Partei und zur Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre eine Zentrale, die sich in ein Organisationsbureau und ein politisches Bureau gliedert. Zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten und Kontrolle der Zentrale wird vom Parteitage ein Zentralausschuß gewählt. **Die gesamte politische und taktische Haltung der Parteipresse untersteht der Zentrale.**

Koenen schloß mit dem Wunsche, daß rücksichtslose Disziplin in den Reihen der Partei einkehren möge. (Lebhafter Beifall.)

Neue Gewalttaten in Oberschlesien.

Ueberfall auf eine Bergarbeiterversammlung.

Beuthen, 6. Dezember. In Pilzendorf tagte am Sonnabend der Deutsche Bergarbeiterverband. Als nach Beendigung der Sitzung einige Bergarbeiter noch zusammensaßen, stürzte plötzlich **eine 60 Mann starke, mit Pistolen und Knüppeln bewaffnete Bande** in den Saal und begann ohne Ursache **auf die Versammelten einzuschlagen und zu schießen.** Die Ueberfallenen, die vollkommen waffenlos waren, versuchten, sich so gut es ging zu retten. **Der Saal fing in einer Ecke Feuer.** Die Bande hauste im Saal auf das schlimmste. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist **eine große Anzahl Personen schwer verletzt.**

Metallarbeiterstreik in Leipzig.

Leipzig, 6. Dezember. (WTB.) Am Sonntag vormittag fand im Volkshaus eine Betriebsrat- und Funktionärversammlung statt, in der einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, am Montag früh in 55 Großbetrieben der hiesigen Metallindustrie die Arbeit einzustellen. Von etwa 35 000 hiesigen Metallarbeitern werden rund 15 000 Mann von dem Streik betroffen.

Wird er? Der Deutsche Offiziersbund hat den Reichswehrminister Geßler ersucht, gegen den „Vorwärts" wegen eines Artikels Strafantrag zu stellen, in dem ausdrücklich und ausschließlich von der „alten kaiserlichen Armee" die Rede ist. Dazu ist Herr Geßler natürlich rechtlich gar nicht in der Lage, da er als Reichswehrminister der Republik die alte kaiserliche Armee nicht vertritt. Wir sind nun aber gespannt, ob Herr Geßler gleichwohl auf die reaktionäre Lockung hereinfallen wird, die ihn offenbar zum Gaudium der Mitwelt zum offiziellen Vertreter des alten Systems stempeln möchte.

Upton Sinclair: „Prinz von Hagen".

Der Verein Proletarisches Theater führte am Sonntagabend in einem der großen mit kleiner Liebhaberbühne ausgestatteten Säle der Hasenheide Upton Sinclairs „Prinz von Hagen" (eine Satire auf den folgerichtigen Kapitalismus, wie der Theaterzettel erläuternd hinzufügt) auf. Der Name des amerikanischen Schriftstellers und Genossen, dessen weltbekannter in die schmutzigen Praktiken des Chicagoer kapitalistischen Schlächterkonzerns hineinleuchtender Roman „Der Sumpf" seinerzeit im „Vorwärts" erschienen ist, hatte den mächtigen Raum bis zum letzten Platze gefüllt. Ein Teil der Gäste mußte die Vorstellung stehend ansehen.

Das vor dem Weltkrieg geschriebene, bisher in Deutschland jedenfalls noch nicht gespielte Drama will den Eindruck dämonisch spukhaften Widersinns kapitalistischer Hetzjagd in der Umrahmung eines phantastisch allegorischen Märchenhintergrundes gesteigert widerspiegeln. Schon die Verse der altheidnischen Edda klagten über des Goldes grauenhaft den Menschensinn verblendende Macht: „Nun würgen sich Brüder und werden zu Mördern; Geschwister sinnen auf Sittenverderb. Der Giergeist fliegt. Kein einziger Mann will des andern schonen. Wißt Ihr davon?" Und berühmt ist aus dem Sagenkreis des Nibelungenliedes, durch Richard Wagners Opern neu verlebendigt, der geheimnisvolle goldene in den Rhein versenkte von Zwergen gehütete Nibelungenschatz. Hieran knüpft Sinclair an. Der Hauberkönig Alberich, des Goldes Eigentümer, entsendet einen Boten, um jemand aus der Menschenwelt herbeizuholen, der den unbändigen Prinzen Hagen, einen Abkömmling des grimmen Nibelungenrecken, durch Unterricht und Lehre von seinen bösartigen Instinkten heilen soll. Der zu diesem Zweck Herbeizitierte, ein amerikanischer Milliardärssohn, der von der Vortrefflichkeit der menschlichen Moral vollkommen überzeugt ist, setzt es durch, daß ihm sein Zögling nach Amerika folgen darf. Aber der Dämon, der in des Prinzen Herz steckt, hat bald erkannt, wie windig es um die gepriesene Christlichkeit und Tugend dort bestellt ist. Er entspringt aus der Schule und predigt den Genossen seines Elends den Rache- und Vernichtungskrieg wider die Reichen. Doch nur so lange er selber arm ist. Aber als König Alberich ihn als Erben den unermeßlichen Schatz hinterlassen hat, ist er selber einer der Herrenkaste und kann die Dollarkönige, stärker als sie alle, mit ihren eigenen Waffen niederzwingen. Seine Machtgier jauchzt. Kraft seines Goldes wird er zum Souverän der Börse, der nach Belieben Hausse und Baisse machen, durch die Erregung immer neuer Panisen jeden Rivalen zum Bankerott drängen kann. Die Presse wird der Herold seines Ruhms; seiner finanziellen Raubzüge und wahnsinnig verschwenderischen Feste. Zitternd vor seinem Uebelwollen drängen sich die Reichsten der Reichen dazu. Triumphierend verlangt er, daß sie sich vor ihm in den Staub werfen, und keiner weigert den Gehorsam. In dieser symbolischen Szene faßt sich Sinn und Tendenz des Stückes am prägnantesten zusammen. Die hineingeflochtene Liebesgeschichte mit der Tochter eines der maßgebenden Geldmagnaten, die er stürmisch begehrt und deren Liebe er doch am Ende mit allem seinem Gelde nicht zu kaufen vermag, bleibt daneben recht schematisch. Der Schluß, freilich in dem Gang der Handlung nirgends vorbereitet, versinnbildlicht den Sturz des Dämons. Das Volk, auf das er schießen lassen wollte, dringt siegreich stürmend in den Prunkpalast.

Mit ersichtlich regster Spannung folgte das Publikum den Szenen der Tendenzdichtung, doch ohne irgendwo bei einer der wuchtigen Anklagereden durch demonstrativen Beifall den Gang der Aufführung zu unterbrechen. Der Darsteller des Prinzen Hagen brachte die Brutalität, die im Grundton der Rolle angelegt ist, mit starken, hier und da wohl allzu starken Unterstreichungen heraus. Das Ensemble war, wie bei den beschränkten Mitteln ja kaum anders möglich, der schwierigen Aufgabe, die ihm das Drama stellte, nicht gewachsen. dt.

Eine Kundgebung der deutschen Künstler. Im großen Sitzungssaal des Reichstags veranstaltete unter dem Vorsitz Max Liebermanns die Gesamtheit der deutschen Künstlerverbände in Gegenwart zahlreicher Regierungsvertreter und Parlamentarier am Sonntag eine wirkungsvolle Demonstration für die Forderungen der Künstler. Minister Koch behandelte die Not der Kunst im Zusammenhange der gesamten wirtschaftlichen Fragen und anerkannte es als Aufgabe von Reich und Staat, der Kunst zu helfen.

Architekt Heinr. Straumer meldete dann temperamentvoll die Forderungen der Baukünstler an: alles, was in Zukunft gebaut werde, müsse vom Geist der Kunst erfüllt sein. Die Architekten wollen kein Almosen, sondern Arbeit. Die bureaukratische Vormundschaft des Staates muß aufhören, der Staat soll seine Bauten Baukünstlern übertragen. Für die Maler sprach Hans Baluschek. Er trat für eine Besteuerung der Luxussteuer und eine radikale Umgestaltung des Urheberrechts ein. Drastische Beispiele führte er dafür an, wie weit der künstlerische Analphabethismus in Deutschland noch verbreitet sei. Schon in den Schulen muß Kunstanschauungsunterricht obligatorisch gemacht werden. Die Kunstpflege soll über Stadt und Land sich gleichmäßig ausbreiten, damit die Künstler sich nicht in den großen Städten zusammenballen. Eine Einheitsfront von Künstlern tut uns not!

Bildhauer Fritz Klimsch verlangte Gleichstellung des Bildhauers mit dem Architekten. Der Bildhauer muß Gelegenheit erhalten, sich bei den öffentlichen Bauten dekorativ zu betätigen. Die Zeit der Siegesdenkmäler ist vorüber. Das ist kein Unglück. Wir müssen zurück zur Einfachheit. Die Künstler sollen in allen Kunstfragen mehr gehört werden, eine ständige Vertretung der Künstlerschaft bei allen Behörden ist unentbehrlich.

Der Reichskunstwart Prof. Redslob, der mit dem Widerspruch der Versammlung zu kämpfen hatte, nahm zu den Referaten Stellung. Das Reich muß allgemein eine Gesundung der Kunst herbeiführen. Der Kanalbau kann als Symbol der neuen Zeit gelten. Der Reichskunstwart beschäftigte sich eingehend mit der künstlerischen Ausgestaltung der Reklame und ließ dabei durchblicken, daß er bei manchen Behörden immer wieder auf große Schwierigkeiten stoße. Die Künstler müssen eigene Interessen zurückstellen und ihren einheitlichen Gesamtwillen mehr zur Geltung bringen!

Einstimmig wurde folgende Kundgebung angenommen: „Die deutsche Künstlerschaft steht vor der Aufgabe, aus eigener Kraft die Not der Zeit zur Grundlage einer Gesundung zu machen. Ihr schöpferischer Wille vermag Verarmung zum Segen zu wandeln. Daher muß der Künstler verlangen, daß er bei allen produktiven Aufgaben von Anbeginn an als entscheidender Faktor eingesetzt wird. Er muß verlangen, daß eine Gesundung des Unterrichts auf handwerklicher Grundlage erfolgt. Daß Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen, die kulturelle Fragen berühren, nicht ohne ihn bearbeitet werden. Erfüllung dieser Forderungen löst die lebendigen Kräfte der Künstlerschaft aus und legt die Grundlage zur Veredelung aller Arbeit."

Skandinavier-Matinee im Schauspielhaus. Das Problematische aller literarischen Matineen kam auch bei dieser der skandinavischen Literatur gewidmeten Matinee des Staatstheaters zu störendem Ausdruck. Das Rezitationsprogramm stand in keinem Verhältnis zu dem Vortrage Julius Babs, der wieder die ihm zustehende Zeit bei weitem überschritt, um wenigstens etwas in die Tiefe dringen zu können. Den Proben aus dieser Literatur fehlte jeder Zusammenhang mit den schönen Ausführungen Babs; man vermißte die auswählende und sichtende Hand, die aus der Veranstaltung eine künstlerische und ideelle Einheit gemacht hätte. Damit, daß man aus Andersen, Jacobsen, Ibsen, Kierkegaard usw. verliest und ein Dramolett von Strindberg spielt, ist noch nichts getan, selbst wenn, wie es durchweg der Fall war, gut gelesen wird.

Die Einzelleistungen waren gut. Und man muß dieses literarische Frühstück so verdauen, wie es serviert wurde: als Kosthappen, die zu größeren Mahlzeiten einladen sollten. Wesentliches gab nur Bab, der die Stellung der skandinavischen Literatur in der Volksliteratur aufzeigte, in Andersen den Ausgangs- und Angelpunkt der nordischen Dichtung erkannte, die drei Typen der dänischen, norwegischen und schwedischen Literatur zeichnete und in der Verquickung von Wirklichem und Phantastischem das Vorbildliche und Zukunftsreiche dieser idyllisch-ironischen, idyllisch-tragischen und antiidyllisch-phantastischen Dichtung zu finden glaubte. Ernst Legal versuchte wenigstens, diese tiefere Linie festzuhalten, indem er mit scharfer Dialektik Kierkegaard und ein paar geistlich-interessante Stellen aus Ibsen las. Grete Sandheim sprach gewandt und schlicht ein Andersensches Märchen, fand aber für Björnson und Jacobsen nicht ganz das richtige Format. Albert Patry verwaltete sozial den Humor Wieds und Hamsuns. In der „Stärkeren" von Strindberg mußte Mathilde Sussin stark zu schwelgen, während Rosa Bertens mit gewohnter Sicherheit den Brunnen ihrer Beredsamkeit plätschern ließ. h.

Theater. Das Märchenspiel „Kirlefanz", das jeden Mittwoch und Sonnabend im Central-Theater gegeben wird, beginnt von jetzt an wunschgemäß um 3½ Uhr, statt 3 Uhr.

Neue Dramen. Anton Wildgans' neues Bühnenwerk „Kain" wird im Januar gleichzeitig in drei Theatern zur Uraufführung gelangen.

Hans Heinrich Twardowski wiederholt am 10. Dezember 8 Uhr im Meistersaal, Köthener Str. 38, seinen Vortragsabend „Novellen des Todes" (Leonhard Frank, Georg Heym).

Raumer-Cahn im Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages gehen die Wogen der Erregung hoch. Es gibt stundenlange Geschäftsordnungsdebatten. Zur Beratung steht der Etat des Reichsschatzministeriums und es liegt der Antrag vor, die Debatte über verschiedene Positionen solange auszusetzen, bis der Aufsichtsrat der Deutschen Werke A. G. zu dem sogenannten Cahn-Vertrag Stellung genommen hat. Außerdem wird von verschiedenen Seiten gewünscht, daß die Direktoren der Deutschen Werke vor dem Hauptausschuß als Kommissare erscheinen. Abg. Schulz (Bromberg, Dnat.) findet es empörend, daß man es dem Minister Raumer zumutete, Direktoren, deren Tätigkeit der Minister nicht billigt und die doch seine Untergebenen seien, hierher zu rufen, um ihrem Vorgesetzten in den Rücken zu fallen. Minister Raumer erklärt, daß er es ablehne und daß es auch unzweckmäßig sei, diese Direktoren, die ihr Amt niedergelegt haben und so gehässig gegen ihn vorgegangen seien, als Kommissare hinzuzuziehen. Er werde den Vertrag und auch Gutachter zur Stelle schaffen, um dem Ausschuß ein objektives Bild zu geben. Legien (Soz.) betont, daß verschiedene Erklärungen der Herren des Schatzministeriums irreführend seien. Die Sitzung des Aufsichtsrates soll deshalb vor der Debatte im Hauptausschuß stattfinden, weil dieser Vorschläge zur Organisation der Deutschen Werke machen wolle. Allerdings sei die Cahn-Angelegenheit noch hinzugekommen, zu der der Aufsichtsrat auch Stellung nehmen müsse. Minister Raumer meint, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um einen wohlüberlegten planmäßigen Angriff auf ihn handle. — Wissell ruft: Das ist Einbildung! — Die Direktoren der Deutschen Werke hinzuzuziehen, lehnt der Minister nochmals entschieden ab. Hoch (Soz.) erhebt dagegen schärfsten Einspruch, daß das Vorgehen der S. P. D. als zum Schutz des Cahn-Vertrages ausgelegt werde. Es handle sich darum, den Aufsichtsrat, der morgen sprechen wolle, nicht überrumeln zu lassen. Billig sei es, auch die Beschuldigten, d. h. die Direktoren der Deutschen Werke, vor dem Ausschuß zu hören. Schließlich tritt Genosse Wissell dem Minister Raumer noch scharf entgegen. Er bestreitet entschieden, daß der Aufsichtsrat Gutachter verlangt oder bestellt habe. Diese seien ohne Wunsch des Aufsichtsrates in die Angelegenheit gebracht worden. Auf eine abfällige Bemerkung des Abg. Helfferich über den Aufsichtsrat erklärt Abg. Gothein (Dem.), daß es möglich sei, daß nicht alle Aufsichtsratsmitglieder ihre Pflicht getan haben. So sei z. B. der Abg. Pöbeler (Dt. Vp.), der auch dem Aufsichtsrat angehöre, nie zu den Sitzungen erschienen. Die anderen Aufsichtsratsmitglieder hätten ihrer Pflicht vollauf genügt. Hiermit ist die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen. Der Antrag der S. P. D. auf Aussetzung der Beratungen wird durch die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Wissell, eine Aussprache des Hauptausschusses mit den Direktoren der Deutschen Werke A. G. herbeizuführen. Es beginnt dann die sachliche Beratung des Etats.

Groß-Berlin

Schafft Heimstätten!

Kundgebung von Arbeitern, Angestellten und Beamten.

Zur Siedlungs- und Heimstättenfrage ist viel geredet und geschrieben worden, aber noch fehlen die Taten. Alles wartet auf die Durchführung des Heimstättengesetzes, auf die Schaffung von Heimstätten, die ohne Hergabe von Land und Geld zu billigen Bedingungen nicht möglich ist. Vorschläge hierzu macht der beim Reichsarbeitsministerium bestehende, unter dem früheren Minister Schlicke eingesetzte ständige Beirat für Heimstättenwesen, dem auch Vertreter aller Spitzengewerkschaften angehören.

Ueber diese Vorschläge berichtete am gestrigen Sonntag in einer großen Versammlung von Arbeitern, Angestellten und Beamten (im Sirkus Busch) der Bodenreformer Damaschke, der Vorsitzende des Beirats. Verlangt wird für die Gemeinden das Recht, Land zu dem vom Eigentümer selber in seiner letzten Vermögenserklärung genannten Preis zu kaufen. Beschaffung von Baukostenzuschüssen durch Mietsteuern wird verworfen. Rätselhaft ist nur, sagte der Referent, wie nach der Revolution eine Regierung ein solches Gesetz vorzulegen sich getrauen kann. (Rufe: Schieberregierung! Antwort von der anderen Seite: Deutsche Volkspartei!) Die Gemeinden sollen Heimstättenanleihen aufnehmen und gegen sie Darlehnskassenscheine umtauschen, die sie als Baugeld weitergeben. Dieses wird als Hypothek eingetragen, die zinslos ist, aber mit jährlich 1½—2 Prozent getilgt werden muß. Die Schaffung von Heimstätten, die auch Gartenland haben müssen, belebt die Bautätigkeit, steuert der Arbeitslosigkeit, hilft dem Wohnungsmangel ab und mildert den Nahrungsmangel. (Lebhafter Beifall.)

Es folgten Erklärungen von Vertretern der Spitzengewerkschaften, die durch ihren „Aktionsausschuß für das Reichsheimstättenamt" diese Kundgebung veranstalteten. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund versprach Silberschmidt tatkräftige Unterstützung der Vorschläge des Beirats. Sie sei zurzeit nötig, unbeschadet der weitergehenden eigenen Wünsche des A. D. G. B. Volle Abhilfe könne man natürlich nur erwarten nach Ueberführung der Wohnungen in Eigentum und Verwaltung von Selbstverwaltungskörpern öffentlichen Rechts. Zustimmungserklärungen wurden auch abgegeben von Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Verbandes deutscher Gewerkvereine, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Deutschen Beamtenbundes. Die Bedeutung der den Heimstätten beizugebenden Kleingärten für die Nahrungsmittelvermehrung betonte Steinweg vom Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend. In diesem Jahre hat z. B. der Cöpenicker Ortsverband der Laubenkolonisten den Wert des Ertrages von 1412 Parzellen auf 1 862 000 Mark geschätzt.

Eine einstimmig angenommene Entschließung „bittet grundsätzlich die Wege, die der ständige Beirat erwiesen hat, um sofort billigen Boden und billiges Geld für eine großzügige Inanspruchnahme der Heimstättenerschließung zu gewinnen". Sie „erwartet auf das bestimmteste, daß die Regierung noch in diesem Jahr zur Tat übergeht, da sonst die ungeheure Gefahr besteht, daß auch das Jahr 1921 verloren geht, ohne daß dem Wohnungsmangel, der Lebensmittelnot und der Arbeitslosigkeit wirksam gesteuert wird".

Raubmord durch eine Berliner Verbrecherbande.

Am Sonnabend wurde der Inspektor Gaudien von der Grube Cäsar in Schmagerei bei Frankfurt a. d. Oder von bewaffneten und maskierten Räubern überfallen und niedergeschossen. Die Verbrecher, die sich durch falsche Bärte unkenntlich gemacht hatten, suchten den Inspektor in seiner Wohnung auf, schossen ihn mit ihren Pistolen nieder und raubten, was sie an Geld und Gebeswert fanden. Auf die Ermittelung der Verbrecher hat die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. d. Oder eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um zwei Berliner, die mit der Eisenbahn gleich nach dem Raubmorde davongefahren sind. Einer von ihnen verlor am Tatorte eine hellgraue Sportmütze. Er ist ziemlich blaß und hatte stark nach vorn durchgedrückte Knie.

Zu den kommenden Landtagswahlen

nahmen die Genossen des 14. Kreises (Neukölln, Bez. Buckow Rudow) in einer Kreisgeneralversammlung Stellung. Nach einem Referat des Genossen Franz Krüger hierzu und einer sich an den Vortrag anschließenden regen Debatte beschloß die Versammlung, dem Bezirkstag sechs Kandidaten für die kommende Landtagswahl vorzuschlagen. Aus der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl erhielten folgende Genossen die Mehrheit der Stimmen: Franz Krüger, Konrad Haenisch, Gertrud Hanna, August Heitmann, Paul Hirsch, Franz Gutschmidt.

Des weiteren stimmte die Versammlung dem Vorschlage des Bezirksvorstandes Groß-Berlin, die Parteibeiträge auf 50 resp. 80 Pf. pro Woche zu erhöhen, zu. Ein Antrag der 90. Abteilung, Monatsbeiträge von 2 M. resp. 1 M. einzuführen, wurde abgelehnt. Dem Antrage des Kreises Tiergarten, die Fraktion der Preußischen Landesversammlung zu ersuchen, bei Beratung der Besoldungsordnung dafür einzutreten, daß Unterbeamte usw. mindestens die Tariflöhne der Arbeiter in der Privatindustrie erhalten, fand Annahme.

Sozialdemokratischer Bezirkstag.

Am gestrigen Sonntag wurde ein außerordentlicher Bezirkstag für Groß-Berlin abgehalten. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Vortrag des Genossen Hermann Müller (Parteivorstand) über

die politische Lage.

Der Redner begann mit einem Vergleich der Tätigkeit der früheren mit der der jetzigen Regierung. Er wies nach, daß die jetzige rein bürgerliche Regierung nichts erfüllt hat und nichts erfüllen konnte von all den Versprechungen, welche die Deutsche Volkspartei während der Reichstagswahlbewegung gemacht hat. Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei ist gesagt worden, von ihr hänge es ab, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie wieder in die Regierung eintreten solle. Demgegenüber betonte Genosse Müller, die Leute von der Deutschen Volkspartei sollen sich über unseren Wiedereintritt in die Regierung nicht den Kopf zerbrechen. Es kann ja eine Situation eintreten — hoffentlich ist sie noch fern —, wo es im Interesse der Arbeiterschaft nötig ist, daß wir wieder in die Regierung eintreten. Ob und unter welchen Bedingungen das geschehen wird,

darüber hat niemand anders als unsere Partei zu entscheiden.

Unsere Agitation muß die Bevölkerung darüber aufklären, daß sich unter der jetzigen rein bürgerlichen Regierung die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Sie hat es nicht vermocht, die Reichsfinanzen zu sanieren. Die Reichsschulden sind bedeutend angewachsen. Die Lebensmittelpreise sind nicht herabgegangen, sondern gestiegen. Das Defizit bei der Post und der Eisenbahn hat sich bedeutend vermehrt. Ganz richtig ist es, daß die Regierung das Hauptgewicht auf die Erfüllung des Spa-Abkommens legt, um die Besetzung des Ruhrgebiets zu verhindern. Die Regierung soll sich aber darüber klar sein, daß die Bergarbeiterschaft die zur Erfüllung des Abkommens nötigen Ueberschichten nicht auf die Dauer leisten werde, wenn nicht endlich

ernst gemacht wird mit der Sozialisierung des Bergbaues.

(Sehr richtig!) — Was die auswärtige Politik betrifft, so sind ja alle Parteien darin einig, daß der Vertrag von Versailles revidiert werden muß, aber über den Weg, der eingeschlagen werden muß, um dieses Ziel zu erreichen, gehen die Ansichten auseinander. Die Deutschnationalen halten immer noch eine kriegerische Lösung des Vertrages für möglich. Sie tun so, als ob Deutschland immer noch in schimmernder Wehr stände, oder als ob doch die schimmernde Wehr bald wiederkehren werde. Vielleicht sieht man den Anfang davon in dem Bau des kleinen Kreuzers, für den die bürgerlichen Parteien gestimmt haben. Wir werden für die endgültige Entscheidung über den Bau des kleinen Kreuzers namentliche Abstimmung beantragen. — Die Deutschnationalen geben zwar nicht zu, daß sie die Revanche vorbereiten, aber ihre ganze Agitation geht darauf hinaus, den Geist der Rache zu pflegen. Wenn sich der Reichsminister Scholz auf dem Parteitag in Nürnberg

unter der schwarz-weiß-roten Fahne hinsetzt,

wenn man in jedem Restaurant noch Kaiserbüsten antrifft, so muß das doch im Ausland die Stimmung erzeugen, die Republik sei in Deutschland nur Schein, in Wirklichkeit sei alles beim alten geblieben. In allen Ländern mit hohen Militärlasten wird die Forderung nach Abrüstung immer stärker. Aber diese Bestrebungen können erst dann Erfolg haben, wenn man im Auslande überzeugt ist, daß in Deutschland eine Umstellung des alten Geistes stattgefunden hat. Den Gedanken an eine Aufhebung des Versailler Vertrages durch Waffengewalt müssen wir vollständig aufgeben und uns darauf einstellen, daß nur auf dem Wege der Verhandlung und der

Konstituierung eines neuen Rechts

die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages beseitigt werden können. — Auch im Völkerbund beginnt es ja bereits zu dämmern. Nach unserer Auffassung muß er anders konstruiert werden. Er muß sich zusammensetzen aus Vertretern, die von den Parlamenten der einzelnen Völker gewählt sind. Der Völkerbund muß ein Völkerparlament werden. — Die in Frankreich herrschende starke Stimmung gegen Deutschland wird genährt durch die ungeheuren Verwüstungen im Kriegsgebiet, die uns als Barbarei angerechnet werden. Aber in den Kreisen der Industrie, des Handels und auch der Regierung wächst die Stimmung für Wiederanknüpfung der Beziehungen mit Deutschland. Falsch wäre es, wenn wir im Sinne unserer Kontinentalpolitiker alles auf die französische Karte setzen und eine Politik machen würden, die ihre Spitze gegen England richtet. Wir müssen uns so einrichten, daß wir

mit allen Völkern auf gutem Fuß stehen.

Nur das kann uns retten. — Wir haben in nächster Zeit den Wahlkampf in Preußen zu führen. Es bedarf einer regen Agitation, damit die Wahl nicht so ausfällt wie in Sachsen. Wenn wir in Preußen eine reaktionäre Regierung bekämen, so würde sie im Verein mit der reaktionären bayerischen Regierung einen Druck auf die Reichsregierung ausüben, was einen unheilvollen Einfluß auf die auswärtige Politik haben würde. Den Arbeitern, die, angewidert durch die von links betriebenen Parteistreitigkeiten, teilnahmslos beiseite stehen, muß klar gemacht werden, daß sie durch ihre Abstinenz nur die Reaktion stärken. Wenn unsere Agitation in diesem Sinne aufklärend wirkt, dann können wir in Preußen eine starke sozialistische Macht einsetzen und auch im Reiche für unsere sozialistischen Ideen wirken. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion forderte Wegner Maßnahmen gegen die militaristischen Bestrebungen in der Leitung der Reichswehr. Mühlmann verwies auf die Ueberfremdung der Industrie sowie auf die Kapitalverschiebung nach dem Auslande, wogegen eingeschritten werden müsse.

Eduard Bernstein bezeichnete es als eine große Dummheit, daß — wie der Referent erwähnte — Dr. Levi auf dem kommunistischen Einigungsparteitag den oberschlesischen Arbeitern empfohlen hat, weder für Deutschland noch für Polen, sondern für den Anschluß Oberschlesiens an Sowjetrußland zu stimmen. Solchen Dummheiten muß entschieden entgegengetreten werden. Es kommt bei der Abstimmung in Oberschlesien auf jede Stimme an. Oberschlesien ist für das deutsche Wirtschaftsleben unentbehrlich. Polen hat gar nicht die Beamten, die nötig sind, um Oberschlesien zu verwalten. Das Schicksal Oberschlesiens hängt ja nicht allein von der Abstimmung ab, sondern auch von der durch das Abstimmungsergebnis beeinflußten Entscheidung der Entente. Deshalb muß uns alles daran liegen, ein für Deutschland günstiges Abstimmungsergebnis herbeizuführen.

Lütke verwies auf den in der Beamtenschaft herrschenden reaktionären Geist und verlangte, daß die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes auch bei den Behörden beachtet werden. — Hiller bemerkte, in der Frage der Hohenzollernabfindung dürfe nicht allein die in Berlin herrschende Stimmung maßgebend sein, sondern es müsse auch mit der Stimmung im Lande gerechnet werden, wo unsere Haltung in der Abfindungsfrage von den Deutschnationalen in demagogischer Weise gegen uns verwertet werde. Der Wahlkampf dürfe nicht nur unter der Parole gegen rechts geführt werden, da ja die Kommunisten und Unabhängigen den Kampf gegen unsere Partei mit besonderer Schärfe führen.

Hermann Müller bezeichnete im Schlußwort die Befürchtung einer von der Reichswehr drohenden Gefahr als unbegründet. Einer Bewegung von links werde das Heer nicht gefährlich werden. Ein etwaiger Putsch von rechts würde wieder, wie der Kapp-Putsch, die Arbeiterschaft geschlossen gegen sich haben. Einer Proklamierung der Monarchie in Bayern würde sofort die Ausrufung der fränkischen Republik folgen und das monarchische Bayern würde nicht ein Pfund Ruhrkohle erhalten. — Hinsichtlich unserer Haltung gegenüber den anderen sozialistischen Parteien warnt der Redner davor, den Unabhängigen nachzulaufen. Die Entwicklung geht dahin, daß die Rechtsunabhängigen zu einer Vereinigung mit uns kommen werden. Aber wir müssen jede Konzession an das Rätesystem ablehnen. Wir dürfen uns keinen Fingerbreit vom Boden der Demokratie abdrängen lassen. (Beifall.)

Aus Mitgliederkreisen lagen dem Bezirkstag zwei Anträge vor. Der eine verlangt, daß die Reichstagsfraktion auf die Regierung dahin einwirke, daß die Preise für die notwendigsten Lebensmittel herabgesetzt und die Zwangswirtschaft, soweit sie im Interesse der Bevölkerung notwendig ist, wieder eingeführt werde.

Der zweite Antrag fordert einen durchgreifenden Schutz der deutschen Minderheit in den an Polen abgetretenen Gebieten.

Der erste Antrag wurde der Reichstagsfraktion, der zweite dem Parteivorstand überwiesen.

Hierauf schritt der Bezirkstag zur

Regelung der Beitragsfrage.

Nach einer längeren Aussprache wurde ein durch den Genossen Pagels begründeter Antrag des Bezirksvorstandes fast einstimmig angenommen, der besagt, daß vom 1. Januar ab der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche Mitglieder 30 Pf. beträgt und daß alle Extrabeiträge mit Ausnahme des Beitrages für die Jugendbewegung wegfallen. Ferner wurde beschlossen, daß den ländlichen Kreisen mit ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf Antrag gestattet werden kann, von den Männern nur 40 Pf. zu erheben.

Direktor Birndörfer verhaftet.

Meldungen eines Mittagsblattes zufolge ist der vom Wuchergericht zu 9 Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilte Direktor Birndörfer in der Schweiz, wohin er geflüchtet war, verhaftet worden. Es wird bereits die Frage, ob die Auslieferung Birndörfers erfolgen könne, erörtert.

Die Verurteilung des flüchtig Gewordenen erfolgte bekanntlich wegen Schleichhandelsdelikts. Wegen dieser Straftat liefert aber die Schweiz nicht aus. Um jedoch die Auslieferung zu bewirken, hat die Staatsanwaltschaft ein neues Verfahren gegen Birndörfer wegen Beamtenbestechung eingeleitet.

Eine Versammlung für die weiblichen Angestellten der Waren- und Kaufhäuser des Dönhoffviertels findet am Dienstag, den 7. Dezember, abends 7½ Uhr, in der Schulaula Kochstr. 18 statt. Tagesordnung: Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung. Referentin Frau Landtagsabgeordnete Gertrud Hanna.

Die Post weiß von nichts. Zu dieser Notiz in der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 30. November erhalten wir von der Ober-Postdirektion folgende Erwiderung:

Die Ober-Postdirektion ist in Uebereinstimmung mit dem Ministerium des Innern der Ansicht, der sich seinerzeit auch der Magistrat angeschlossen hatte, daß die Frage, wie sich die Regelung der postalischen Verhältnisse hinsichtlich der neuen Stadtgemeinde Berlin gestalten wird, sich erst nach Ablauf einer gewissen Uebergangszeit mit genügender Deutlichkeit übersehen läßt. Insbesondere bleibt abzuwarten — worüber eine Entscheidung noch nicht ergangen ist —, welche Bezeichnungen die in die neue Stadtgemeinde aufgegangenen bisher selbständigen Gemeinden künftig führen werden. Ferner würde die Bezeichnung der Verwaltungsbezirke lediglich nach Nummern unter Weglassung der Ortsnamen zurzeit insofern zu Unzuträglichkeiten führen, als zahlreiche Straßennamen sich in den einzelnen Orten wiederholen, z. B. haben sämtliche fünf zum Verwaltungsbezirk 18 gehörigen Orte eine Dorfstraße und drei von den zum Verwaltungsbezirk 20 gehörenden Orten eine Berliner Straße aufzuweisen. Unter diesen Umständen muß es vorerst bei den bisherigen bewährten Bezeichnungen der Postanstalten in den bisherigen Einzelgemeinden und der Abgrenzung ihrer Postbezirke verbleiben, weil andernfalls nur Verwirrung hervorgerufen werde und erhebliche Nachteile für das Publikum entstehen würden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 6. Dezember:

20. Kreis. Versammlung sämtlicher Elternbeiräte des 20. Kreises in der Aula der 4. Gemeindeschule in Reinickendorf-Ost, Hausotterplatz (Nähe Bahnhof Schönholz) abends 7 Uhr. Vortrag des Gen. Kreuziger über: „Die Aufgaben der Elternbeiräte" findet nicht heute (Montag) sondern Montag, den 13. statt.

44. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Wolfsch, Christiania Straße 115.

Weißensee. Abends 7 Uhr im Lokal von Stärke, Charlottenburger Straße 3: Sitzung des erweiterten Vorstandes. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Bezirkstag. 2. Behandlung wichtiger Organisationsfragen.

Morgen, 7. Dezember:

11. Abt. 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Geisler, Skalitzer Straße 80. Alle Konsummitglieder der 54. Verkaufsstelle, die auf dem Boden der S.P.D. stehen, sind zu einer wichtigen Besprechung eingeladen.

27. Abt. Abends 7 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Dobrolaw, Swinemünder Straße 11.

15. Kreis. Niederschöneweide. Kreisfunktionärkonferenz abends 6 Uhr bei Naethe, Niederschöneweide, Grünauer Straße 8. Sämtliche Funktionäre der Abteilungen 101 bis 107 wollen der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erscheinen.

74. Abt. Zehlendorf. Abends 8 Uhr im Lokal Hofmann, Teltower Straße 28: Vorstandsversammlung. Die Gruppenführer werden gebeten, sich vollzählig einzufinden.

85. Abt. Tempelhof. 1. Bezirk am Dienstag, Dorfstraße 1, Zahlabend, alle anderen Bezirke am Mittwoch in den bekannten Lokalen.

107. Abt. (Alt-Glienicke, Falkenberg). Die morgige Versammlung findet nicht statt; nächste Mitgliederversammlung am 15. ds. Mts. bei Meier, Falkenberg.

Sport.

Die zweite Runde des Schachturniers. Am zweiten Tage des Internationalen Schachturniers im Café Kerkau wurden zwei Partien remis und drei entschieden. Der junge Berliner Sämisch lieferte einen neuen Beweis seines Könnens, indem er unentschieden gegen den bekannten ungarischen Meister Maroczy kämpfte. Gleiches Ergebnis hatte das Spiel Dr. Tarrasch gegen Bogoljubow. Breyer, der am Schluß des ersten Tages doch noch über Leonhardt gewonnen hatte, siegte am zweiten über Réti, während Spielmann Leonhardt, und Tartakower Niesel besiegte.

Gewerkschaftsbewegung

Auf dem Wege nach Moskau gestrauchelt.

Am 11. Oktober dieses Jahres nahm eine Versammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands nach einem Referat des Gauleiters Johannes **Sibura** eine Resolution an, die den Abmarsch der Filiale in das Lager der Moskauer einstimmig ausdrückte. Revolutionär bis ins Innerste der Seele, predigte **Sibura** gegen das verrottete Unternehmertum und gegen die Gewerkschaftsbureaukratie den schärfsten Klassenkampf. Jeder, der auch nur wagte, eine andere Anschauung als er kundzutun, war ein Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft und der dritten Internationale.

Unbeschadet dieses revolutionären Maulaufreißertums verstand Gauleiter **Sibura** der Bekämpfung des Kapitals ganz neue, bisher von der Arbeiterschaft noch nicht betretene Wege zu weisen. Seine Bekämpfung des Staates und des Kapitals fing damit an, daß er sich von Ende 1919 bis 22. Mai 1920 seelenruhig die **städtische Erwerbslosenunterstützung** auszahlen ließ und nebenher noch das **Gehalt als Angestellter** seiner Organisation quittierte. Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin hat Strafantrag gegen diesen Moskauer Apostel gestellt.

Aber Sibura machte Fortschritte. Was soll man dazu sagen, daß dieser revolutionäre Arbeitervertreter, der das Unternehmertum tagtäglich mit dem Maule bekämpfte, sich nicht scheut, mit seinen Todfeinden in verschiedensten Weinlokalen Zechgelage zu veranstalten und dabei Arbeitgeber, mit denen er sich duzt, obendrein zu veranlassen sucht, für seine Interessen **größere Summen** zu opfern.

Aus einem uns vorliegenden Schriftstück geben wir nachstehendes Bild wieder: Ort der Handlung eine Berliner Weinkneipe. Zeit: später Nachmittag des 1. November. Personen: einige Unternehmer, Gauleiter **Sibura** nebst einem Genossen.

Sibura: Was denkt sich denn eigentlich die Firma B., wenn sie sich niemals **bei mir ehrlich macht?** Verschiedene andere Firmen sind darin bedeutend großzügiger und zugänglicher. Denkt die Firma vielleicht, daß mit den 80 M. die ich neulich von Herrn J. erhalten habe, alles abgemacht ist? Das Lumpengeld kann ich sofort Herrn J. zurückgeben. **Heute muß mehr springen.**

Unternehmer: Mäßigen Sie sich doch. Das ganze Lokal braucht doch nicht zu wissen, was wir sprechen. Im übrigen schlafen Sie sich erst mal Ihren Rausch aus, dann werden Sie anders über die Sache denken.

Sibura: **Einen Anzug und einen Ulster müssen Sie mir kaufen,** den dazugehörigen **Hut und die Stiefel** werde ich schon **von einem anderen Unternehmer bezahlt** erhalten.

Der Unternehmer lehnt dies kategorisch ab. Wenn Sibura von ihm ein Darlehen wolle, dann solle er ihn in seinem Bureau aufsuchen, wenn er nüchtern ist. Doch Sibura ließ keine Ruhe. Die Gelegenheit war zu günstig. Um dem Treiben ein vorläufiges Ende zu machen, gab der Unternehmer dem Sibura seine Geschäftskarte mit der schriftlichen Verpflichtung, daß er für den Moskowiter einen Ulster und einen Anzug bezahle. Damit war aber Sibura nicht zufrieden. Er verlangte eine **sofortige Anzahlung von 1000 M.**, da der Unternehmer doch noch von seiner Zusage zurücktreten könnte. Darauf ließ sich der Unternehmer nicht ein und glaubte, daß diese Sache nach dem Verlassen des Lokals erledigt sei. Das aber war ein schwerer Irrtum, denn anderen Tages marschierte der Revolutionär Sibura in das Geschäft einer **Schneidergenossenschaft**, gab dort die Karte ab und ließ sich zu einem **neuen Anzug und einem Ulster Maß nehmen, Preis 8800 M.** Vorsorglich erkundigte sich die Schneiderfirma erst bei dem Unternehmer, was an der Sache sei, ob dieser den Anzug für Sibura auch bezahlen wolle. Das wurde von dem Unternehmer verneint. Nach einigem Hin und Her blieb die Sache auf sich beruhen.

Als diese Dinge unter der Mitgliedschaft ruchbar wurden, suchte sich Sibura damit zu verteidigen, daß er nur die **Korruption des Unternehmertums** aufdecken wolle.

Angesichts des außerordentlich schwer belastenden Materials wurde in einer gestern stattgefundenen Versammlung eine Untersuchungskommission gewählt, die die Sache weiter verfolgen wird. Von dem Zentralvorstand ist Sibura seines **Postens als Gauleiter enthoben** worden. Jetzt predigt dieser Held, um seine Taten zu verschleiern: Los von den Gewerkschaften. Wer wird der Nächste sein?

Für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Die Betriebsräte-Obleute und Vertrauensleute der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes haben in einer Versammlung am Freitag ihrem Vorsitzenden Wilhelm **Schumacher**, der den Anschluß der Gewerkschaften an Moskau propagiert, eine recht deutliche Absage gegeben. Schumacher versuchte eine Resolution durchzudrücken, in der von der Zentralleitung gefordert wird, daß sie zu dem im Mai 1921 in Moskau stattfindenden Gewerkschaftskongreß Delegierte entsende. Die Funktionäre lehnten jedoch die Resolution trotz aller Bemühungen Schumachers und seiner Freunde mit großer Mehrheit ab. Annahme fand eine Resolution, die ausspricht, daß die Versammlung auf dem Boden der **Londoner Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes** steht, daß die **Geschlossenheit und Schlagkraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen aufrechterhalten** werden muß und den russischen Gewerkschaftlern anrät, sich mit den Gewerkschaftsgenossen der übrigen **Länder in der bestehenden Amsterdamer Internationale zusammenzufinden.** In der Resolution werden weiter die in den provisorischen Statuten des Moskauer Internationalen Rates festgelegten Richtlinien und die Beschickung der Moskauer Konferenz mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Auch dieser Beschluß der recht radikalen Arbeitergruppe zeigt, daß das Bestreben der Moskauer, auch die Gewerkschaften zu unterwühlen und zu zertrümmern, bei allen gewerkschaftlich geschulten Arbeitern einen entschlossenen Widerstand findet.

Zentralverband der Angestellten.

Arbeitslose Verbandsmitglieder werden hiermit nochmals aufgefordert, ihre Kinder für die **Weihnachtsspende** der Ortsgruppe Groß-Berlin anzumelden. Soweit dies noch nicht geschehen ist, gilt als letzter Termin der 10. Dezember 1920. Die Anmeldung wird nur im Verbandsbureau, „Unterstützungs-Abteilung", entgegengenommen. Zur Anmeldung werden benötigt: das Verbandsbuch sowie die Arbeitsnachweiskarte des Mitgliedes und die Familienausweise der Kinder. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband (Textilbranche). Dienstag, abends 5 Uhr, bei Hoppe, Fischerstr. 24, Vertrauensmännerversammlung der Gruppe III (Samt und Seidenwaren). Dienstag, abends 5 Uhr, bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung der Gruppe IV (Wolle, Garne, Trikotagen).

Deutscher Werkmeisterverband (Berlin 7, Fachgruppe der Metallindustrie). Außerordentliche Generalversammlung Dienstag, den 7. Dez., abends 6½ Uhr, im „Patzenhofer", Turm-, Ecke Stromstraße.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 6. Dezember, abends ½8 Uhr.

Hermsdorf. Jugendheim, Turnhalle Roonstraße: Mitgliederversammlung. — **Kaulsdorf.** Jugendheim, Schule Adolfstr. 25: Mädchenabend. — **Lankwitz.** Jugendheim, Seydlitzstr. 6: Mitgliederversammlung. — **Südost-Reichenberger Viertel.** Jugendheim, Glogauer Str. 12-16: Mitgliederversammlung. — **Steglitz-Friedenau.** Jugendheim Friedenau, Offenbacher Str. 5a. Vortrag: Religion und Sozialismus. — **Tegel.** Jugendheim, Bahnhofstr. 15: Mädchenabend. — **Teltow.** Lokal von Fritz Mitzow, Potsdamer Str. 54: Mitgliederversammlung. — **Tempelhof.** Jugendheim, Germaniastr. 6/7: Mitgliederversammlung. — **Zehlendorf.** Lokal von H. Mitzen, Potsdamer Str. 2: Mitgliederversammlung.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Eine besondere Weihnachts-Freude!

KON LINON

MASSARY Zigaretten

Metropol
...ustraße 5.
Anfang abends 7½ Uhr.
...-Weihnachts-Spielplan.

NEVEN & CO.
Spezialhaus für
Marmor-Waschtische
Bade-Einrichtungen
Sanitäre Steingutwaren
Berlin C 19, Wallstr. 25 — Untergrundbahnhof Spittelmarkt-Inselbrücke

Kein Kaufmann versäume
zur Weihnachtssaison dem großen und kaufkräftigen Leserkreis des „Vorwärts"
sein Geschäft zu empfehlen!

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin ✕ N. 54, Linienstr. 83—85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Dienstag, den 7. Dezember, abends 6 Uhr:
Branchenversammlung
der Betriebsrohrleger und Helfer
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal I).
Tagesordnung:
1. Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Handels- Kasten- Leiter- Wagen
Karren aller Art
Grundmann & Kuhn
Transportgeräte-Fabrik.
Cöpenicker Str. 73 u. 113.

Zähne 6 M. an. Teilzahlung. J. Garant. Kronen 15 M. Plomb. 3.— Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof. Zahnpraxis Weil, Potsdamer Str. 55, Hochp. Sprechz. 9-7.

Erfinder. Patentbureau Badicker, Gertraudtenstraße 15, Zentrum 7990. 759.

Stottern, Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vorm Sprech., Atemnot beseitigt gründlich Dr. Schraders Spezial-Institut, Berlin W, Lützowstr. 30. Spr. 4-7, auß. Sonnab. u. Sonntg.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!
Branchenversammlungen
aller im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen und Kolleginnen.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Diskussion.
Für **Einrichter und Schraubendreher morgen Dienstag, den 7. Dezember,** vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83—85.
Für **Klempner am Mittwoch, den 8. Dezember,** vormittags 10 Uhr im Sitzungssaal.
Für **Former und Berufsgenossen am Mittwoch, den 8. Dezember,** mittags 12½ Uhr im Sitzungssaal.
Auf Beschluß der Generalversammlung müssen in allen Versammlungen, die zur Politik unserer Gewerkschaft Stellung nehmen, alle Richtungen zu Worte kommen. 13a 13
Die Ortsverwaltung.

Moderne und doch
billige Wohnungseinrichtungen
sowie Einzelmöbel bei
Kramer & Küster G. m. b. H.
Möbelhaus ersten Ranges
BERLIN N, Gartenstr. 52
am Gartenplatz und Stettiner Tunnel

Sanitätsrat Dr. Wegscheiders
Brust-Tee
sowie Tropfen und Pastillen
nach Orig.-Vorschr. ge. Husten, Asthma und Lungenleiden
¼ Kur 14,50, ½ Kur 24.—
Elefanten-Apotheke, Berl. 213, Leipziger Str. 7

Brillanten Juwelen kauft
Amsterdamer Diamantschleiferei
Friedrichstr. 160.

Dr. med. Grüttering
Haut-, Harn-, Geschlechtsleid., Männ. u. Frauen, Blutunters. Invalidenstraße 35, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. Wochentäglich 11-1, 4½-7½.

Grammophone
Teilzahlung.

Schmidt, Petersburger Straße 23 I

J. H. Garlon, ... Stallschreiberstraße 56 empf. alle Arten Büsten verstellbare u. Maß., zu Fabrikpreis. Katal. frei. Weihnachtsgeschenke

Klavier oder Stutzflügel such. Kurfürst 8139. 57/14*

Verkäufe

Damenplüschmäntel 70,00, prima 165,00, hochelegante, seidenfarbige, dunkelfarbige Mantel, Plüschjacken, direkt Werkstatt. Große Auswahl, staunenerregend billig. Altmann, Rosenthalerstraße 44, III, Hackescher Markt. 1068*

Riesen-Weihnachtsverkauf begonnen! Staunenerregend herabgesetzte Spottpreise! Kreuzfüchse! 350.—! Alaskafüchse! 150.—! Silberfüchse! Blaufüchse! Zobelfüchse! Uhrenverkauf! Goldwarenlager! Silbertaschen! (keine Verfallware.) Sonntags geöffnet! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 113 (Ringbahnhof-Hochbahnhof). *

Haben einen großen Posten Herren-Ulster engros oder auch einzeln an Privatkunden zu spottbilligen Preisen abzugeben. Zentral-Leihhaus, Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstraße. 1078*

Pelzgarnituren! Skunksfüchse 110, Rotfüchse 120, Zobelfüchse 130 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Verfallware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen; Leihhaus Warschauerstraße 7. *

Knabenpelzmütze, echt Biber, 60 Mark, verkäuflich. „Biberwütz", Potsdam 6. 2800b

Gardinen-Gelegenheitskäufe. Billiger als im Laden. Ab Montag, den 29. November, beginnt im Gardinenhaus Almet, Cöpenickerstraße 101, zweite Etage, der große Weihnachtsverkauf. Wir offerieren: Gardinen, einfachbreit, Meter 7,50, 10,50, 15 bis 20 Mark, doppelbreite 16,5, 18,50, 24,50 bis 35.—. Dreiteilig Tüllgardinen 75.—, 100.— bis 150.—, Künstlergardin. in vornehmster Ausstattung 118.—, 175.—, 205.—, 250.— bis 350.—. Bettdecken, zweibettig, Tüll 160.—, Gewebtüll 175.— aufwärts. Hochelegante Stores. Leinengardinen. Madrasgardinen, zu Engrospreisen. Jeder Käufer erhält als Weihnachtsgeschenk einen Extrarabatt von 3 Proz. Verbindung: Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Inselbrücke. Straßenbahn Brückenstraße - Krondenstraße, Ecke Cöpenickerstraße. 1868*

Pelzwaren bei bequemer Zahlweise abzugeben. Bei Barzahlung 10 Prozent Nachlaß. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pelzwaren-Fabrik Kallis, Alt-Moabit, Wardenberg-Straße 11, nahe Stadtbhf. Tiergarten. Telephon: Moabit 7922/23. *

Bettwäsche. Deckbettbezug 60.—, Kissen 20.—, Laken 45.— an. Prima Inlette! Wäschefabrik Stumpe & Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. *

Gardinenverkauf, beste Qualitäten, abgepaßte Fenster 24.— an, elegante Künstlergardinen (weiß, bunt, creme), Fenster, dreiteilig 28.— an. Tüllbettdecken, zweibettig 58.— an, elegante Halbstores, Langstores. Gardinenstoffe äußerst billig. „Gelegenheits-Ecke" Wiganier, Wichertstraße 78, I (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Fahrtvergütung. *

Pelzwaren. — Eigene Fabrikation. Billige Sportpelze, Herrenpelze, Damenpelzmäntel, Sternmäntel, verschiedene Füchse. Fachmännische Reparaturen. Taborga, Friedrichstraße 200. 1084R*

Halbumsonst! Kreuzfüchse, Silberfüchse, Zobelfüchse, Alaskafüchse, wunderbare Pelzkragen 50 Mark an. Riesenauswahl. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Janbarf. 114R*

Puppenwagen, Riesenauswahl, Leiterwagen, alle Sorten Räder. Weblich, Brunnenstraße 6. Humboldt 574. *

Teppiche, Diwandecken, Gardinen, Tischdecken, Läuferstoffe, Steppdecken, preiswert. Potsdamerstraße 108, Fischer. 1888

Gardinen. Künstlergardinen, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 1828*

Feldschmiede, 800×600, verkauft Lindenberg, Brunnenstr. 25.

Monatsanzüge, Burschenanzüge, Ulster, Paletots, Hosen, Damenmäntel, Röcke, Blusen, Pelzsachen, Schuhwaren. Blumenthal, Neukölln, Berlinerstraße 41, I.

Bettwäschefabrik, zum Fest auch Einzelverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Riesige Posten Handtücher, Inletts. Wirkliches Sonderangebot. Fruchtstraße 1, Ecke Wilhelmstr.

Geschäftsverkäufe

Geschäfte aller Branchen verkauft schnellstens Hollrath u. Co., Friedrichstraße 118a. Norden 9222, 9223. 111R

Möbel

Chaiselongues 200,00, Patentmatratzen 100,00, Auflegematratzen 90,00. Walter, Gergarberstraße 15. 1798*

Metallbetten, Kinderbetten, Matratzen, Kinderwagen, Leiterwagen, Puppenwagen jetzt sehr billig. Kierski, Brunnenstr. 23.

Möbelangebot. Große Auswahl zu bedeutend herabgesetzten Preisen gegen Kasse sowie auf Wunsch bei kleiner An- und Abzahlung. Roth, Elsasserstraße 44, Oranienburger Tor. *

Chaiselongues 150.—, Metallbetten 250.—, weiße Schlafzimmer. Meike, Auguststraße 28a, Quergebäude. *

Möbel, Gardinen usw. kaufen Sie am billigsten nur bei Weitzbach, Weinmeisterstraße 12. *

Küchen, modern, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, ... Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22, Schönhauser Tor. *

Schreibtisch, Ankleideschrank, Stuben-, Küchenmöbel verkauft Hurwig, Waldstraße 3, hochparterre. 2882b

Musikinstrumente

Piano-Kaufgelegenheit, preiswerte gebrauchte, 4500 an. J. Wiener, Dirchsenstraße 33, Alexanderplatz. 1048

„**Adam's**" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Mingstr. 16.

Rabenstein. Pianos, Flügel, Harmoniums. Gelegenheitskauf. Stimmungen, Reparaturen, Mingstraße 16. 1308*

Friedenspianos 4500.—, 5800.—, 6000.—, 12 500.—. Läuber, Warschauerstr. 78. *

Pianino, nußbaum, schwarz, billige Gelegenheiten. Hänel, Alexanderstraße 14c. 10/17*

Pianos, Gelegenheiten, billig. Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 42/10

Billige Pianos und Uebungsinstrumente in niedrigster Preislage. Klavierschn. Werkstatt, Möckernstr. 83. Saitenspinnerei, Reparaturen und Stimmen. *

Eingespielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas verkauft Berger, Oranienstr. 166. 184R*

Berlina-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 3. 75R*

Kaufgesuche

Pianos, gebrauchte, gegen Preisangabe kauft Becker, Andreasstraße 47 II, Königstadt 3840. 131R*

Stiefeln, Mäntel, Wäsche usw. kauft Kirstein, Linienstraße 50. 111R

Platin, über Tagespreis. Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber im Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 20 I. rechts.

Pfandscheine, Wäsche, Wertsachen beleiht, auch Wichmann, Müllerstr. 139a (Seestraße).

Fahrradankauf, Kraus, Große Frankfurterstraße 32. 42/9

Rokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse. Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik. Brunnenstraße 188. 145R*

Verschiedenes

Die gegen Herrn und Frau Werner ausgesprochene Beleidigung nehme ich zurück. E. Blaschke, Wollnerstraße 10.

Erwerbstätige Frauen erfahren, was die Frau im öffentlichen Leben bedeuten kann, durch die Broschüre „Frauenstimmen" (2,75 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Vertrauensvolle Untersuchungen, Arzt zur Stelle, Hebamme Hildesheim, Lothringerstraße 84/85. 114R*

Steuerfragen sind Ihnen noch ein Rätsel? Wissels „Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz" (1 M.) ist in allen Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 3.

Vertrauensvolle Auskunft. Damen. Frau Goeritz, Mirbachstr. 18, I Treppe, Nähe Bahnhof Zentralviehhof. 1*

Vertrauensvolle Auskunft (diskret) Privataufnahme Hebamme Baum, Chausseestraße 4.

Vertrauensvolle Auskunft. Arzt zur Stelle. Hebamme Ortz, Neue Königstr. 37 (Alexanderplatz). 100R

Kostenlose Rechtsberatung! Billige Prozeßführung. Verteidigung. Ermittlungen! Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). *

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in diesem schönen „Wanderbuch" (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 3.

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhafte Behandlung. Damen. Auch Sonnt. Sprechstunden 10—4. Auswärts brieflich. Frau Müller, ärztlich geprüft, Berlin, Dünenstr. 11, 4 Treppen. Bahnhof Schönhauser Allee. 2008*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Sockleranen, Kontrolleurinnen und Werkstattschreiberinnen für Glühlampenfabrik Sebastianstraße 18/19, Fabrikgebäude, 4. Etage, gesucht. 150R

Zeitungsfrauen stellt ein Prinzenstraße 31, Hof rechts hochparterre, Marstr. 9, Wilhelmshavenerstr. 48, Bastianstraße 7, Barnimstraße 42, Lausitzer Platz 14/15, Markusstraße 16, Petersburgerplatz 4, Immanuelkirchstraße 24, Charlottenburg, Seesenheimerstraße 1, Charlottenburg, Kaiserdamm 101, Wilmersdorf, Holsteinischestr. 19, Schöneberg, Belzigerstraße 37, Steglitz, Schildhornstraße 12. 11R